

Der einträgliche steuerliche Vollzugszins von sechs Prozent

Fiskalische Willkür

Unter Ökonomen wird über das Bonmot, die Besteuerung sei staatlich legalisierter Diebstahl, gerne gelacht. Wohlweislich übersehend, daß der Gesetzgeber als demokratisch legitimer Souverän des Volkes die Steuerhoheit innehat. Allerdings gelten gewisse Grundsätze der Steuergerechtigkeit und der Billigkeit der Erhebung, auch um die Akzeptanz der Besteuerung sicherzustellen. Wenig bekannt ist der Steuerzins: die Vollzugsverzinsung gemäß Paragraph 233a Abgabenordnung.



VON DIRK MEYER

»Der Verzicht auf Vollverzinsung würde ein bis zwei Milliarden Euro pro Jahr kosten.«

Hiernach sind sowohl Steuernachforderungen wie auch Erstattungen zu verzinsen. Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist und endet mit der Festsetzung durch den Steuerbescheid. Trotz der EZB-Nullzinspolitik und Negativzinsen bei Anleihen beträgt dieser Zinssatz seit Jahren sechs Prozent. Für eine Steuernachforderung von 1.000 Euro aus dem Jahr 2014, die zum 1. April 2017 zugeht, wird demnach eine Verzinsung von 60 Euro fällig. Dieser Tatbestand ist nicht nur ärgerlich. Manche meinen, er sei sittenwidrig, denn ein „Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig“ (Paragraph 138 BGB). Doch bürgerliches Recht gilt im Verhältnis von Bürger und Staat nicht – wo wieder die Macht des Leviathan deutlich wird. Besonders mißlich ist allerdings die Praxis der Finanzbehörden, die dieses Zinsrisiko auf den Bürger abwälzen: In Streitfällen wird die Aussetzung des Vollzuges großzügig gewährt; die

Festsetzung steuerlicher Vorauszahlungen wird abgelehnt oder knapp bemessen; eine verzögerte Fallbearbeitung bis hin zur Verschleppung wird mit Zinszahlungen belohnt; die Zurückhaltung von Steuerbescheiden bei großen Summen treibt den Schuldner in die Verzinsung.

Außerdem kommt es zu erheblichen Zinslasten bei Steuernachzahlungen aufgrund einer Betriebsprüfung, die gerade bei kleinen und mittleren Firmen in unregelmäßigem Turnus stattfinden. Eine Betriebsprüfung 2016 für die Jahre 2012 bis 2014 würde 15 bis 20 Prozent Vollzugszinsen bei Nachforderungen ergeben. Zudem besteht auch noch eine Ungleichmäßigkeit der steuerlichen Berücksichtigung des Steuerzinses. Während Vollzugszinsen bei Steuererstattungen als Kapitalerträge zu versteuern sind, gelten Nachzahlungszinsen bei Privatpersonen hingegen als Kosten der privaten Lebensführung (Bundesfinanzhof-Urteil VIII R 36/10). Die Brisanz hierbei: Zuvor hatte das oberste Finanzgericht (VIII R 33/07) diese Praxis aufgehoben. Da das Urteil aber nicht veröffentlicht wurde, mußte es von der Finanzverwaltung auch nicht beachtet werden. Was tun? Der Verzicht auf Vollverzinsung würde den Staat ein bis zwei Milliarden Euro pro Jahr kosten. Alternativ wäre eine Kopplung an den Refinanzierungszins der EZB – derzeit der Nullzins – denkbar.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Abwrackprämie für Benziner und Dieselaautos zur Klimarettung

Völlig elektrisiert

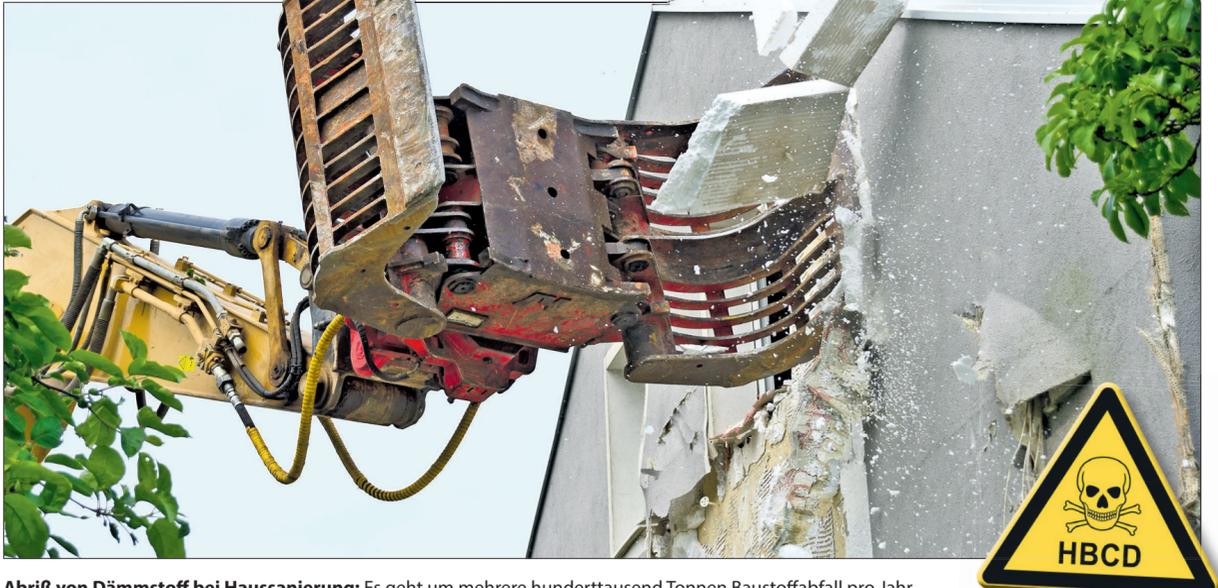
Von Jörg Fischer

Die gute Nachricht ist: Die jetzige Bundesregierung will Benziner und Dieselaautos ab 2030 nicht völlig verbieten. „Das war nie Teil meines Plans“, versicherte Umweltministerin Barbara Hendricks in der Welt. In ihrem Entwurf zum „Klimaschutzplan 2050“ habe es geheißen, Pkw sollten „weit überwiegend nicht mehr mit fossilen Antrieben betrieben werden“.

Die schlechte Nachricht ist: Eine Abwrackprämie für Benziner und Dieselaautos zugunsten von Elektroautos werde es in dieser Legislaturperiode zwar nicht geben, aber diese sei prinzipiell nicht auszuschließen, so die SPD-Politikerin. Voraussetzung sei „ausreichend erneuerbarer Strom“. Dann bleibt für die Steuerzahler nur die Hoffnung, daß dies Utopie bleibt. Schon die 2009 von Merkel-Kabinet beschlossene „Umweltpremie“ war Irrsinn: Zwei Millionen fahrtüchtige Pkw wurden für einen 2.500-Euro-Bonus verschrottet, als Ersatz oftmals importierte Kleinwagen gekauft. Welche Blüten eine Abwrackprämie 2.0 treiben könnte, zeigt die Posse um

den Dienstwagen der Ministerin. Dieser stoße mehr CO₂ aus als ihr voriges Fahrzeug, empörte sich im Mai die kaum 250 Mitglieder zählende Deutsche Umwelthilfe (DUH).

Da Hendricks nicht nur „von ganzem Herzen Niederreinerin“, sondern auch Klimaschützerin ist, wurde ein 7er BMW iPerformance geordert: Der Plug-in-Hybrid hat einen Turbobenziner und einen E-Motor mit zusammen 326 PS. Da das Auto angeblich bis zu 48 Kilometer elektrisch fahren kann, weist die skurrile EU-Norm zwei Liter Verbrauch aus. Doch Hendricks wird nicht zum Brötchenkaufen und selten zum Bahnhof chauffiert. Im Überlandverkehr wird ein Mehrfaches an Benzin verbrannt – auch weil hinten eine schwere Batterie sitzt. Diese läßt den Kofferraum auf XI-Niveau schrumpfen, was für Hendricks Fahrer und das ministerielle Gepäck nun ein Problem ist. All das wissen normale Autokäufer, die sich daher den teuren Hybriden verweigern. Und genau deswegen fordert die Autoindustrie neue Subventionen, nicht fürs „Klima“.



Abriß von Dämmstoff bei Haussanierung: Es geht um mehrere hunderttausend Tonnen Baustoffabfall pro Jahr

Verdämmt und dann verdammt

Bauwirtschaft: Ungelöste Entsorgungsprobleme bei Polystyrol-Dämmstoffen / Bundesrat vertagte Lösung

CHRISTIAN SCHREIBER

Die Sachsen wußten es schon immer besser: Als 1989 in Bonn und Berlin noch über Reformsozialismus geschwafelt wurde, schallte in Plauen und Leipzig schon der Ruf: „Wir sind ein Volk!“ Als 1994 der Buß und Bettag abgeschafft wurde und 1998 der Bundesrat über die Euro-Einführung abstimmte, verweigerte sich einzig der Freistaat Sachsen dem Einheitsvotum.

Auch als der Bundesrat 2015 Polystyrol- oder Dämmstoffe, die das giftige Flammenschutzmittel Hexabromcyclododecan (HBCD) enthalten, als „gefährlichen Abfall“ einstufte, verweigerte Sachsen seine Zustimmung, denn die Entsorgungsprobleme waren im wahren Sinne des Wortes mit Händen zu greifen: Denn wohin mit dem vielen Styropor? Die meisten HBCD-Abfälle dürfen nun nicht mehr in herkömmlichen Müllverbrennungsanlagen mitverbrannt werden. Gleichzeitig fordert und fördert die – immer weiter verschärfte – Energieeinsparverordnung (EnEV) seit 2002 die Wärmedämmung von Gebäuden.

Hundert Baustellen mußten stillgelegt werden

„Diese Entwicklung ist deshalb dramatisch, weil so der Entsorgungsweg für mehrere hunderttausend Tonnen Dämmstoffabfall pro Jahr verschlossen wird“, warnten Experten wie Peter Kurth, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE). Doch seit dem 30. September gilt die Verordnung (EU) 2016/460 vom 30. März zur Änderung der Anhänge IV und V der Verordnung über persistente organische Schadstoffe (POP/EG 850/2004).

Seither müssen die alten Dämmplatten und teilweise der Verschnitt von Neumaterial separat verbrannt werden. Doch dies ist problematisch, denn ein

Großteil der Verbrennungsanlagen verfügt gar nicht über die notwendigen Vorrichtungen. Die Folge: Vor allem das Dachdeckerhandwerk leidet unter der Neuregelung. Bundesweit sind mehrere hundert Baustellen deswegen stillgelegt, teilte der Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks (ZVDH) mit. „Erste Betriebe melden, daß sie Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken oder sogar entlassen müssen, wenn es nicht bald eine Lösung gibt“, klagte ZVDH-Chef Ulrich Marx im Sender n-tv.

Bei Gebäudesanierungen fällt der umstrittene EnEV-Abfall massenweise an. Meist handelt es sich dabei um Polystyrol-Dämmstoffe, die vor dem Jahr 2013 verbaut wurden. Diese enthalten das Brandschutzmittel HBCD, damit sie im Falle eines Gebäudebrands nicht so schnell in Flammen aufgehen. Mittlerweile wurde HBCD durch bromiertes Styrol-Butadien-Copolymer (PolyFR) ersetzt, eine patentierten Stoff des US-Konzerns Dow Chemical. In EPS-Isolationsschäumen wird HBCD hingegen vorerst weiter verwendet, obwohl der Stoff seit 2013 in der Gefahrenliste der Stockholmer Konvention über persistente organische Schadstoffe (POP) steht.

Viele Müllverbrennungsanlagen weigern sich, diese Stoffe anzunehmen, weil sie keine Genehmigung dafür haben oder die nunmehr getrennt gesammelten Dämmstoffe wegen ihres hohen Brennwertes aus technischen Gründen nicht verbrennen können. Damit können Dachdecker, die auf Baustellen den Austausch vornehmen sollen, den anfallenden Bauschutt nicht mehr ordnungsgemäß entsorgen. Denn für das Verbrennen von Müll, der „gefährliche Stoffe“ in Konzentrationen von über 0,1 Prozent enthält, müssen die Anlagen zumindest eine Sondergenehmigung haben – und diese besitzen nur die Wenigsten.

Die Süddeutsche Zeitung beklagt, daß sich auch Containerfirmen weigerten, nun Bauschutt mit dem alten Dämmstoff abzufahren. Die Folge sei ein riesiger Rückstau, der zu einer echten Bela-

stung für die Branche werde. Die Baufirmen sind sauer auf die Politik. „Die Situation für die Handwerksbetriebe bleibt dramatisch. Sie bleiben auf dem Abfall sitzen“, sagte Hans Peter Wollseifer, der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) der Leipziger Volkszeitung. „Bauvorhaben können nicht abgearbeitet werden, werden gestoppt oder gar nicht erst gestartet.“ Um weitreichende Folgen für die Bürger sowie Kündigungen oder Betriebsschließungen im Bauhandwerk zu verhindern, müsse „dieser Notstand dringend beendet werden.“

Steigende Preise bei den Müllverbrennungsanlagen

Das Bundesumweltministerium sieht sich an der Entsorgungsmisere unschuldig. „Diese Notlage ist durch den Bundesrat veranlaßt“, erklärte Ministerin Barbara Hendricks. Man habe den Ländern geraten, dieser Maßgabe nicht zuzustimmen, aber diese hätten „gegen unsere Empfehlung gehandelt. Nun steigen die Preise bei den Müllverbrennungsanlagen ins Unermeßliche“, so die SPD-Politikerin. Doch die waren mehrheitlich dem schwarz-grün regierten Hessen gefolgt, das die HBCD-Einstufung als gefährlicher Abfall im Umweltausschuß des Bundesrates betrieben hat.

Vertreter der Bundesländer schoben den Schwarzen Peter mittlerweile zurück: „Wenn das Bundesministerium Vorbehalte gegen die vom Bundesrat getroffene Regelung gehabt hätte, hätte die Bundesregierung von ihrem Recht, eine vom Bundesrat beschlossene Verordnung nicht zu verkünden, Gebrauch machen müssen“, entgegnete der rheinland-pfälzische Umweltschutzsekretär Thomas Griese von den Grünen.

BDE-Chef Kurth fordert eine Revision des Bundesratsentscheids. Einige Bundesländer reagierten bereits pragmatisch: Das Kreislaufwirtschaftsgesetz kennt Ausnahmeregelungen. Diese erlauben vorerst das vermischte Ver-

brennen von HBCD-haltigen Platten zusammen mit anderem Baumüll. Aber das ist keine Dauerlösung. Und manche Baufirmen greifen schon zur Selbsthilfe: „Das Schlimmste, was passieren kann ist, daß die Dämmstoffplatten jetzt einfach in den Wald gefahren werden. Die Idee einer auf Umweltschutz bedachten Regelung für die Kreislaufwirtschaft würde so ad absurdum geführt werden“, so Kurth.

Illegal deponiertes HBCD ist tatsächlich eine Umweltgefahr: Das sehr langlebige Umweltgift reichert sich in Organismen an und stehe im Verdacht, fortpflanzungsschädlich zu sein, warnt das Umweltbundesamt (UBA). Sachsen und das Saarland haben nun auf der 87. Umweltministerkonferenz (UMK) am 2. Dezember bei ihren Länderkollegen dafür geworben, bei der Bundesratssitzung am 16. Dezember eine Änderung der Abfallverzeichnisverordnung zuzustimmen. Doch der BDE-Präsident ist skeptisch: Es sei bedauerlich, daß sich die UMK nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen konnte. „Auf diese Weise wird das HBCD-Problem verschleppt“, kritisiert Kurth. Er glaube nicht, daß sich das Problem noch in diesem Jahr lösen läßt. Zudem drohe wahrscheinlich ein „föderaler Flickenteppich aus Einzelregelungen“.

Das UBA empfiehlt seit Jahren umweltfreundlichere Dämmstoffe wie zum Beispiel Mineralwolle. Diese ist zwar teurer, aber Glaswolle hält Temperaturen von etwa 700 Grad Celsius stand. Steinwolle hält sogar 1.000 Grad aus. Auch langlebige und schallsorbierende Holzfasern eignen sich zur Dämmung. Eine weitere Alternative entwickeln derzeit Bauchemiker der Universität Siegen: sie setzen auf ein neues Verfahren, um Schaumbeton herzustellen. Dadurch könnte Styropor in Zukunft überflüssig werden. Aber bis es soweit ist, soll es noch einige Jahre dauern.

Hintergrundpapier „Häufig gestellte Fragen und Antworten zu Hexabromcyclododecan“: www.umweltbundesamt.de/publikationen

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollernstraße 27a · 10713 Berlin
 Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Kundennummer (falls zur Hand)

Vorname/Name

Straße/Nr. (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum/Unterschrift
 Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

JF BUCHDIENST
 JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:
jf-buchdienst.de

Georg Etscheid (Hrsg.)

Geopferte Landschaften

Wie die Energiewende unsere Umwelt zerstört
 Die planlose Energiewende hat einen ungeheuren Wildwuchs an Windrädern und Solaranlagen hervorgebracht und entwickelt sich zum bisher rasantesten Flächenverbraucher aller Zeiten in unserem Land. Die letzten unzerstörten Landschaften und Naturreservate werden dafür geopfert. 368 S., Abb., Pb.



Best.-Nr.: 93307

EUR 16,99

Max Otte

Investieren statt sparen

Anlegen in Zeiten von Niedrigzinsen, Bargeldverbot und Brexit
 Die Niedrigzinsphase stellt alle Anleger vor eine große Herausforderung. Worauf müssen Sie jetzt achten, wie bauen Sie ein ertragreiches Depot und ein statliches Vermögen auf? Finanzexperte Max Otte zeigt, wie man solide Investments identifiziert, die richtige Anlagestrategie wählt und bessere Ergebnisse erzielt als mancher Fondsmanager! 496 S., Pb.



Best.-Nr.: 93310

EUR 20,00

Janne Jörg Kipp

Vereinigte Staaten von Europa

Die geheimen Pläne von CIA, Nationalsozialisten und einer globalen Wirtschafts- und Finanzelite
 Wer sind die Strippenzieher hinter den Kulissen? Die Gründung der EU, die sich in eine zentralistische Diktatur verwandelt, hat eine spektakuläre Vorgeschichte. Pläne der Nationalsozialisten wurden wortgetreu übernommen, und ein mächtiges Finanzkartell beherrscht heute Europa. 313 S., geb.



Best.-Nr.: 93193

EUR 22,95

Hans-Jürgen Jakobs

Wem gehört die Welt?

Die Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus
 Der erste Report über die Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus. Die 200 mächtigsten Finanz-Akteure, die hier vorgestellt werden, versammeln mehr als 40 Billionen US-Dollar: 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt oder fast das Dreifache der Wirtschaftsleistung der EU! 680 S., geb.



Best.-Nr.: 93301

EUR 36,00

Hans-Werner Sinn

Der Schwarze Juni

Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt
 Für Hans-Werner Sinn stellt der „Schwarze Juni“ 2016 mit dem Brexit und weiteren wichtigen Entscheidungen eine Zeitenwende dar. Wir müssen jetzt handeln! Er legt daher ein kompaktes Programm zur Neugründung Europas und zur Änderung des Lissaboner EU-Vertrags vor. 368 S., geb.



Best.-Nr.: 93264

EUR 24,99

Wolfgang Hetzer

Ist die Deutsche Bank eine kriminelle Vereinigung?

Leistung, die Leiden schafft
 Die Deutsche Bank steht im Verdacht, in ihrem Inneren Subkulturen zugelassen zu haben, deren kriminelle Energie diejenige einer Mafia-Organisation bei weitem übertrifft. Die Liste laufender Prozesse, Ermittlungen und Untersuchungen ist lang, aber die Politik verweigert Maßnahmen. 224 S., Pb.



Best.-Nr.: 93274

EUR 17,99

Hans-Olaf Henkel, Joachim Starbatty
 Deutschland gehört auf die Couch!
 Warum Angela Merkel die Welt rettet und unser Land ruiniert



Die beiden renommierten Au-toren führen Merkels Politik auf fehlendes Selbstbewußtsein, ideologische Gesinnungsethik und ein krankhaftes Helfersyndrom als Reaktion auf die Untaten des Naziregimes zurück. Sparer, Mittelstand und künftige Generationen werden die Rechnung bezahlen. 256 S., geb.

Best.-Nr.: 93203

EUR 19,90

Abbildungen können vom Original abweichen!